

Die Friedensbewegung aus strategischer Sicht

Autor(en): **Feldmann, Josef**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **151 (1985)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-56366>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Friedensbewegung aus strategischer Sicht

Korpskommandant Josef Feldmann

Der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 löste eine Protestbewegung aus, die sich während mehrerer Jahre in grossangelegten und gewandt dirigierten Kundgebungen gegen die Kernwaffenrüstung des Westens und «für den Frieden» äusserte und unvermittelt ihre Wirkung verlor, als klar wurde, dass die NATO-Staaten entschlossen waren, ihre Pläne gegen diplomatischen Druck und Einschüchterungsversuche der Sowjets zu verwirklichen.

In der vorliegenden Studie wird versucht, die Vielfalt der Träger und Motive der Friedensbewegungen zu analysieren und ihr besonderes Gepräge in verschiedenen Ländern sichtbar zu machen. Es handelt sich um einen Ausschnitt aus einer Vorlesung über «Sicherheitspolitik» an der Hochschule St. Gallen.

1. Pazifismus als strategischer Faktor

Der französische Strategieforscher Pierre Lellouche stellt in einer seiner jüngsten Studien die Frage nach der Stärke und der Überzeugungskraft strategischer Konzeptionen. Seine Feststellung lautet: «Ce qui compte, c'est la cohésion du tissu social qui soutient le concept de défense affiché par tel ou tel gouvernement.» Dieser Befund deckt sich mit der im Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz enthaltenen Feststellung, dass Strategien nutzlos werden, wenn sie nicht auf einen breiten Konsens in der betreffenden Nation abgestützt sind.

Das heisst mit anderen Worten: Strategische Konzeptionen verlieren in dem Masse an Stabilität und Überzeugungskraft, als sie zur exklusiven Angelegenheit von Spezialisten werden und sich isoliert von der geistigen Anteilnahme einer breiten Öffentlichkeit entwickeln. Der englische Historiker Michael Howard spricht von der «vergesenen Dimension der Strategie», indem er darauf hinweist, dass die NATO-Strategie sich weitgehend am Bewusstsein der Öffentlichkeit vorbei entwickelte, mehr noch: dass sie von der Bevölkerung der europäischen NATO-Staaten fast ausnahmslos als Fremdprodukt, als amerikanischer Import, empfunden wurde. Darin sieht er einen der wichtigsten Gründe, weshalb es möglich war, dass von den späten

siebziger Jahren an eine breit angelegte Protestbewegung zum Frontalangriff gegen die Pläne der NATO für den künftigen Ausbau der Verteidigung Westeuropas antrat. Es ist üblich geworden, dieses Phänomen als Friedensbewegung oder als Friedensbewegungen zu bezeichnen. Der Begriff wird hier der Verständlichkeit halber – ohne kritische Beurteilung – übernommen, allerdings mit der präzisierenden Feststellung, dass seine Träger sich selbst zu Friedenskämpfern, Friedensfrauen oder «Friedensbewegten» ernannt haben.

Der Versuch, die Friedensbewegungen der späten siebziger und frühen achtziger Jahre generell als eine zeitgemässe Ausdrucksform des Pazifismus zu erklären, erscheint problematisch. Wurzeln, Motive und Erscheinungsformen sind wesentlich komplexer. Zweifellos aber stammen starke Impulse aus einer pazifistischen Tradition, die schon in früheren Zeiten verschiedentlich als strategisch relevanter Faktor in Erscheinung trat. Dabei erweist sich der Pazifismus an sich durchaus nicht als etwas Einheitliches. Ein Versuch zur zusammenfassenden Definition findet sich im Dictionnaire de l'Académie française. Pazifismus wird dort umschrieben als «die Doktrin derjenigen, die an die Möglichkeit glauben, den universalen und permanenten Frieden zu etablieren, sich bemühen, seine Verwirklichung vorzubereiten».

ASMZ Editorial

Mode im Militär

Betrachtet man Bilder älterer Schweizer Uniformen, so weiss man sogleich, aus welcher Zeit sie stammen. Sie spiegeln den Stil ihrer Epoche und sind Kulturgut, das uns Moderne wehmütig anspricht. Nicht nur wegen ihrer zeitlosen Schönheit, sondern auch deswegen, weil unseren heutigen Uniformen diese repräsentative Qualität kaum mehr attestiert werden kann.

*

Was die feldgraue Ära unter dem Vorwand «demokratischer Bescheidenheit» an Uniformen hervorgebracht hat, zeugt von wenig ausgebildetem Geschmack und ist auch keineswegs typisch für das Stilempfinden ihrer Zeit und ihrer Mode. Die mitunter lächerlich wirkenden Kleidungsstücke – man denke an die Policemütze – lassen sich nicht einmal mit Zweckmässigkeitserwägungen rechtfertigen. Seit den zwanziger Jahren ist es nicht mehr gelungen, dem Schweizer Wehrmann eine Uniform zu schneidern, die praktisch und kleidsam zugleich ist. Meist fehlt das zweite Attribut, nicht selten auch das erste.

*

Die Bedeutung einer ansprechenden Uniform wurde offenbar zu lange verkannt: Zunächst geht es um das Wohlbefinden beim Träger. Dieses zu vermitteln ist gegenüber dem dienstungewohnten Milizsoldaten eine wichtige und auch schwierige Aufgabe. Gelingt das nicht, wirkt das Wehrkleid kontraproduktiv auf die Wehreinstellung. Die Folgen sind notorisch: Geniertheit, Dienstunlust, Nachlässigkeit im Anzug, Flucht in die Zivilkleidung, Perversion der geistigen Verbindung Wehrkleid–Heimat. So dann kommt der Uniform auch repräsentative Bedeutung zu: Der uniformierte Wehrmann gehört nicht nur ins Strassenbild, er soll auch gefallen und durch seine selbstbewusste Haltung Vertrauen ausstrahlen. Tun das unsere Soldaten?

Ganz abgesehen von dem geradezu peinlich wirkenden ästhetischen Gefälle im Vergleich mit ausländischen Uniformen. Diese sollen zwar kein absoluter Massstab sein; aber auch eine weniger anspruchsvoll ausgestattete Bekleidung kann vorteilhaft wirken. Schlichte Eleganz steht dem Schweizer Soldaten wohl an – siehe Titelbild.

Bei der Erneuerung unserer Uniformen ist mehr, als das bisher vielleicht üblich war, auf einige Erkenntnisse von grundsätzlicher Bedeutung abzustellen:

– Die Entscheidungsgremien, in der Regel gebildet aus Herren gesetzten Alters, haben zu bedenken, dass sie den Geschmack der jungen Generation berücksichtigen sollten. Die Meinung junger Leute, aber auch von Frauen und Sachverständigen aus der Modebranche ist unbedingt einzuholen (Die Pariser «flics» liessen sich beispielsweise von einem französischen Modeschöpfer beraten).

– Der Verzicht auf die allgemeine Abgabe einer Ausgangsuniform und die Beschränkung auf den Kampfanzug wäre zwar eine mutige und konsequente Lösung. Sie trüge überdies dem Umstand Rechnung, dass der Kampfanzug gerne getragen wird. Dennoch müsste ein Ausgangsanzug für repräsentative Anlässe, zum Beispiel internationale Wehrsporttreffen, geschaffen werden. Solche Uniformen liessen sich leihweise, allenfalls an eine zahlenmässig begrenzte Benützerschaft, abgeben. Dennoch wäre diese Alternative nur als «Rückfallposition» in Erwägung zu ziehen: Für den Fall, dass es wirklich nicht gelingen sollte, eine befriedigende konventionelle Uniform für alle zu realisieren.

– Die Uniform muss bequem, in Schnitt und Farbe ansprechend und vor allem so konstruiert sein, dass sogenannte Tenüefehler zum vornherein ausgeschlossen sind: kein Gurt und keine Krawatte, eine Mütze höchstens dann, wenn man erwarten kann, dass es dem Wehrmann Bedürfnis ist, sie auch zu tragen. Es sei denn, man ringe sich durch, auf das offenbar nicht durchsetzbare Gebot des Tragens der Kopfbedeckung im Ausgang zu verzichten ...

Die Frage nach der Zielsetzung pazifistischer Bewegungen und Organisationen hat gewisse Beobachter dazu geführt, eine **Typologie** vorzunehmen, die wenigstens drei Hauptrichtungen unterscheidet, nämlich diejenige, die darauf abzielt, jeglichen Krieg aus der Welt zu schaffen, eine zweite, die versucht, bestimmte Kriege zu verhindern oder zu beenden, und eine dritte, deren Ziel darin besteht, bestimmte Aspekte des Krieges zu beseitigen.

Die erste, radikale Richtung ist hauptsächlich in **religiösen Kreisen** angesiedelt. Beispiele bilden die Quäker, Pax Christi, der Versöhnungsbund oder die Internationale der Kriegsdienstgegner. Die Geschichte ihres Wirkens zeigt, dass sich diese Organisationen nicht selten mit den Trägern von Bewegungen verbinden, die eine sehr einseitige politische Stossrichtung verfolgen.

Für die zweite **Kategorie** ist die **Anti-Vietnam-Bewegung der sechziger Jahre** ein typisches Beispiel. Auch dort ist übrigens die Verknüpfung des pazifistischen Elements mit politisch motivierten und gesteuerten Bewegungen offensichtlich. Es genügt, darauf hinzuweisen, wie stark die Kampagne gegen den Vietnam-Krieg in der BRD und noch mehr in Schweden von amerikafeindlichen Ressentiments geprägt war.

In der **dritten Gruppe** erscheint die Spannweite zwischen **idealistischen Motiven** und rein **politisch-pragmatischen Zielsetzungen** am weitesten. Die idealistische Komponente tritt dadurch hervor, dass Anstrengungen mitgetragen werden, welche die gesetzten Ziele über die Weiterentwicklung bestehender völkerrechtlicher Instrumente anvisieren. Erinnert sei an die in den letzten Jahren unternommenen Bestrebungen zur Ächtung besonders grausamer Waffen. Die pragmatisch-politische Komponente zeigt sich in der Aktivität zahlreicher Organisationen, die seit den frühen Nachkriegsjahren entstanden sind und die sich in einem Fall gegen die Nuklearwaffen allgemein richteten (als in diesem Bereich noch eine starke Überlegenheit der USA bestand), ein andermal die Neutronen-Waffe als besonders inhumanes Kriegsgerät zu diskreditieren suchten und sich schliesslich gegen die Installation der Pershing II und der Cruise Missiles in den europäischen NATO-Staaten wandten.

Pazifistische Tendenzen dieser Art haben zumindest seit der Frühzeit dieses Jahrhunderts bei verschiedenen Gelegenheiten die strategische Entscheidungsbildung beeinflusst. Sie manifestieren sich heute ausnahmslos als Komponenten der aktuellen Friedensbewegungen.

2. Krefelder Appell und Friedensdemos

Dieser Sachverhalt soll an einer kurzgefassten Chronologie der Friedensbewegung in Westeuropa illustriert werden.

16. November 1980:

Mit dem «Krefelder Appell» wird die Regierung der BRD aufgefordert, ihre Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.

Zu den Erstunterzeichnern des Appells gehören der ehemalige Bundeswehrgeneral Gert Bastian, die Galionsfigur der Grünen, Petra Kelly sowie Pastor Niemöller. Unter den weiteren Initianten ist – im Hinblick auf spätere Ausführungen – Professor Gerhard Kade, ein wichtiger Mann im kommunistisch gesteuerten «Internationalen Institut für Frieden», erwähnenswert.

10. Oktober 1981:

Ungefähr 300 000 Menschen protestieren in Bonn gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstrecken-Raketen. Die Organisatoren, «Aktion Sühnezeichen» und «Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden», fordern die NATO-Regierungen auf, den Doppelbeschluss wieder rückgängig zu machen.

24./25. Oktober 1981:

Bei verschiedenen Friedensdemonstrationen werden in Paris und Brüssel je 50 000, in Rom zirka 100 000 und in London 250 000 Menschen mobilisiert.

22. November 1981:

Die Autoren des «Krefelder Appells» teilen mit, sie hätten schon zwei Millionen Unterschriften erhalten.

9.–12. April 1982:

An zahlreichen Orten finden sogenannte Ostermärsche statt, um gegen die Aufstellung neuer Nuklearraketen in Europa zu protestieren.

10. Juni 1982:

Der Besuch Präsident Reagans in der BRD gibt Anlass zu Grossdemonstrationen für weltweite Abrüstung und gegen den NATO-Doppelbeschluss.

12. Dezember 1982:

Am 3. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses werden die Zugänge zu rund 50 Militärstützpunkten in Westdeutschland blockiert.

In England demonstrieren gleichzeitig etwa 10 000 Frauen vor dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Newbury. Ihr Protest wendet sich gegen die geplante Stationierung von Marschflugkörpern auf britischem Boden.

1.-4. April 1983:

Die Zeit von Karfreitag bis Ostern gibt erneut Anlass zu zahlreichen Massenveranstaltungen. Es wird behauptet, dass am Ostermontag an elf verschiedenen Manifestationen in westdeutschen Städten rund 400 000 Personen beteiligt waren.

Nach Angaben der englischen Bewegung für nukleare Abrüstung nahmen in England rund 125 000 Personen an ähnlichen Veranstaltungen teil.

12. Mai 1983:

Vor den Delegierten von 400 Friedensgruppen (die sich als unabhängig von Ost und West bezeichnen) tritt der SPD-Oberbürgermeister von Saarbrücken, Oskar Lafontaine, dafür ein, dass im Falle der Stationierung von Pershing-II-Raketen ein Generalstreik ausgerufen und zudem in Betrieben und auf Baustellen, welche zur Vorbereitung der Stationierung dienen, die Arbeit verweigert werde.

3. Temporäre Weggefährten

Es scheint erlaubt, die Hunderttausenden, welche an den erwähnten Veranstaltungen beteiligt waren, als «temporäre Weggefährten» zu bezeichnen. Viele Erscheinungen im Gesamtbild der Friedensbewegungen sind nur aus den spezifischen Situationen einzelner Länder erklärbar; wenige Merkmale tragen allgemeingültigen Charakter. Das einzige Motiv, das in allen Fällen dominiert, sozusagen der grösste gemeinsame Nenner aller Manifestationen der gesamten Friedensbewegung, ist die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses.

In etwas grober Vereinfachung lassen sich zwei Grundströmungen, die allerdings vielfach miteinander verflochten sind, unterscheiden:

- in einem Fall handelt es sich um eine radikal apolitische Denkweise;
- im andern werden politisch-strategische Argumente aufgenommen und in einer Art verarbeitet, die stark von Vorurteilen geprägt und bewusst auf politische Zielsetzungen ausgerichtet ist.

Für die erste Richtung sind Forderungen bezeichnend, die darauf abzielen, Waffen allgemein zu ächten, ohne die Frage nach der ethischen Verantwortbarkeit ihres Einsatzes überhaupt zu stellen. Die Politik erscheint in dieser Optik als grundsätzlich verdorben und damit unfähig, tragbare Lösungen für die Zukunft der Menschheit zu erarbeiten. Abrüstungsverhandlungen oder Massnahmen gemeinsamer Rüstungssteuerung gelten als blosse Alibiveranstaltungen. Ihren Trägern wird

der Wille zu konstruktiver Friedensarbeit prinzipiell abgesprochen.

Die Vertreter dieser Denkrichtung fordern deshalb bedingungslosen Gewaltverzicht. Die Überlegung, dass ein solches Vorgehen nur unter der Voraussetzung gegenseitiger Loyalität und Vertrauenswürdigkeit sinnvoll wäre, scheint sie nicht zu berühren.

Ausdruck eines derartigen unkritischen und unreflektierten Verhaltens sind Schlagworte wie das oft gehörte «Frieden schaffen ohne Waffen» oder

*Ihnen wünschen wir
zum neuen Jahr,*

- dass Sie die gesteckten Ziele erreichen
- dass es Ihnen gelinge, Ihren Untergebenen positive Dienst-erlebnisse zu vermitteln
- dass Sie Befriedigung erfahren in Ihrer verantwortungsvollen Ausbildungs- und Führungstätigkeit.

Uns aber wünschen wir,

- dass der eine oder andere unter Ihnen Gedachtes und Erfahrenes niederschreibt
- und es der ASMZ zur Weitergabe an die übrigen Offiziere anvertraut.

*Kameradschaftlich grüsst
das ASMZ-Redaktorenteam*

die Parole einer führenden Persönlichkeit der internationalen pazifistischen Frauenbewegung: «Il faut substituer à l'équilibre de la terreur l'équilibre de la tendresse.»

Dass diese Bewegung weitgehend von feministischen Gruppierungen mitgetragen wird, ist durchaus naheliegend. Hier kommt besonders deutlich die Auflehnung gegen das Rationale, gegen festgefügte Strukturen und gegen hierarchische Ordnung zum Ausdruck. Strategisches Kalkül und militärische Potentiale gelten als hervorstechende Symbole einer von Männermacht beherrschten Gesellschaft. Das Unbehagen gegenüber diesem Zustand (ob er tatsächlich vorhanden oder ideologisch-imaginär sei, mag offen bleiben) nimmt Gestalt an in einem Protest, wie ihn etwa der folgende Ausschnitt aus einem Gedicht ausdrückt:

«Ich sehe Herrscher und Unterdrückte
Ich sehe Gewinner und Verlierer
Ich sehe die tägliche Gewalt
Ich sehe, wie ich benutzt werde
Ich sehe, wie andere Frauen benutzt werden
Ich sehe, welchen Frieden man schützen will
Wir spüren, das ist Krieg
Wir spüren, das ist tödlich
Wir spüren, so kann es nicht weitergehen.»

Eng verwandt mit der apolitischen Strömung innerhalb der Friedensbewegungen ist die Tendenz zur Verketzerung des Technisch-Industriellen schlechthin und – damit verbunden – eine radikale Leistungs- und Fortschrittsfeindlichkeit, was indessen manche Vertreter dieser Richtung nicht davon abhält, sich als «progressiv» zu etikettieren. Derartige Tendenzen werden namentlich von grünen Gruppierungen und von Anhängern sogenannter Alternativkulturen getragen. Dass die Verketzerung des technischen Fortschritts und der wirtschaftlichen Leistung vor allem bei jungen Leuten leicht Anklang findet, liegt wahrscheinlich darin begründet, dass diese in einer Welt aufgewachsen sind, in der die materiellen Grundbedürfnisse als gesichert erschienen, und dass sie in keiner Weise an den Anstrengungen beteiligt waren, welche zu diesem Zustand führten, ja dass ihnen das Vorstellungsvermögen für derartige Anstrengungen ganz einfach fehlt. Das «Feindbild» der Anhänger dieser Richtung ist die oft behauptete Komplizenschaft zwischen Politik und Industrie. Ihr Protest äussert sich in Anklagen der folgenden Art:

«Immer mehr Arbeiter werden direkt oder indirekt für die Rüstungswirtschaft tätig sein; immer mehr Wissenschaftler und Techniker werden den wissenschaftlich-militärischen-industriell-bürokratischen Komplex verstärken, immer mehr Ressourcen für den Aufbau von «Schutzsystemen» verwendet werden müssen. Und bezahlbar wird dies alles nur sein, wenn wir in andern Lebensbereichen den Gürtel bis zur Bewusstlosigkeit enger schnallen, auf wesentliche Bedürfnisse verzichten lernen und unser ganzes Leben auf den Verteidigungsfall ausrichten.»

Dieses Zitat aus einer Publikation des Schweizerischen Friedensrates zeigt sehr anschaulich die Verbindung pazifistischer, grüner und sozialkritischer Elemente: Die Politik wird dominiert von der Kriegserwartung; damit verhilft der Politiker dem «Waffenschmied» zur Steigerung seiner Produktion. Diese fördert die Umweltzerstörung und verschlingt zugleich jene Gelder, die sonst dazu verwendet werden könnten, Lebensqualität und Wohlstand zu steigern.

Bezogen auf das zentrale Thema der Friedensbewegungen – die Angst vor dem Kernwaffenkrieg – fällt auf, dass das generelle Misstrauen gegenüber dem technischen Fortschritt sich leicht verbindet mit der Behauptung, je präziser Kernwaffen gezielt werden können, desto «führbarer» und damit wahrscheinlicher werde ein Kernwaffenkrieg. Diese Argumentation wirkte sich schon stark auf die Diskussion über die Neutronenwaffe aus. Sie verbindet sich im Gedankengut der europäischen Friedensbewegungen (besonders in der BRD) mit der sogenannten «Abkopplungsthese». Danach wäre es die Absicht der Amerikaner, im Falle eines militärischen Konfliktes mit dem Ostblock die Kriegshandlungen auf Europa zu beschränken, was nichts anderes hiesse, als dass der Verbündete jenseits des Ozeans seine eigene Rettung mit der totalen Verwüstung Mitteleuropas zu bezahlen beabsichtige.

Behauptungen dieser Art gehören durchaus nicht mehr zur intuitiven, mit unreflektierten Schlagworten fechtenden Richtung innerhalb der Friedensbewegungen, sondern zu ihrer «räsonnierenden» Komponente. Darin sind zahlreiche Elemente der aktuellen Strategiediskussion enthalten. So wird beispielsweise Bezug genommen auf die bedeutungsvolle Rede Henry Kissingers vom September 1979 in Brüssel, in welcher dieser erklärte, die Europäer machten sich Illusionen, wenn sie glaubten, dass die Amerikaner ihr eigenes Überleben aufs Spiel setzen würden, um Europa zu retten.

Nicht selten sind Entlehnungen aus den Schriften des Strategieforschers Horst Afheldt sichtbar. Nach Afheldt ist die Bevölkerung eines Landes in dem Masse von der Vernichtung bedroht, als auf ihrem Boden sich Ziele befinden, deren Ausschaltung dem möglichen Gegner notwendig erscheint. Afheldt fordert deshalb die Auflösung des Verteidigungspotentials in sehr kleine Kampfelemente, um dem Angreifer keinen Anlass zum Einsatz massiver Mittel mit entsprechender Zerstörungswirkung zu geben. Unnötig zu sagen, dass sich diese Überlegung sehr leicht als Argument gegen die Stationierung neuer Mittelstrecken-Raketen in Europa verwerten lässt.

In engem Zusammenhang damit steht ein Phänomen, das wir als das **mangelnde Geschichtsbewusstsein der «Friedensbewegten»** bezeichnen können. Zur Erklärung dieses Begriffs ist ein kurzer Rückblick auf die siebziger Jahre nötig. Jener Zeitabschnitt wurde einst mit verständlichen Gründen als die Epoche der Entspannung begrüsst. Rückblickend muss festgestellt werden,

dass von westlicher Seite lange Zeit loyale Anstrengungen zur Vertrauensbildung unternommen wurden, dass dagegen die Sowjetunion unter dem Mantel der vermeintlichen Entspannung systematisch ihr militärisches Arsenal, insbesondere die konventionellen Streitkräfte, ausbaute und schrittweise ihre Machtpositionen in Afrika und Asien ausdehnte. Im Gegensatz zu dieser Politik der schleichenden und beharrlichen Machtausweitung reagierte der Westen auf die Ereignisse in Afghanistan und Polen mit einem abrupten Kurswechsel. Im Urteil der jungen Generation, welche die Entwicklung vor und während der siebziger Jahre nicht oder nur oberflächlich mitverfolgt hatte, erschienen deshalb die westlichen Politiker, insbesondere der amerikanische Präsident, als die allein Verantwortlichen für den Abbruch der Entspannung und die neu einsetzenden Rüstungsschübe. Das erklärt sowohl das Sturmlaufen gegen den NATO-Doppelbeschluss als auch die Amerikafeindliche Tendenz innerhalb der europäischen Friedensbewegungen, wie sie zum Teil in massiven Übergriffen gegen Einrichtungen der US-Truppen in Europa oder gegen Angehörige dieser Truppen selbst zum Ausdruck kam.

Die wichtigsten Merkmale der europäischen Friedensbewegungen scheinen demnach überzeugend zusammengefasst in der folgenden Beurteilung von Michael Howard:

«Es genügt, dass während einer Generation der Friede gewahrt werden kann, um bei jenen, welche die Bemühungen darum nicht erlebt haben, den Glauben aufkommen zu lassen, es handle sich um einen natürlichen Zustand, der nur von denen bedroht werde, die sich von Berufs wegen auf den Krieg vorbereiten. Die Militärs werden so zu natürlichen Feinden einer idealistischen Jugend, und deren Feindseligkeit steigert sich noch, wenn diese Militärs Fremde sind, wenn die Entscheide über Krieg und Frieden von einer fern und unkontrollierbaren Gruppe von Entscheidungsträgern abhängt, deren Urteile und Interessen nicht notwendigerweise mit den eigenen übereinstimmen, und wenn schliesslich dem Krieg das Risiko eines apokalyptischen Massakers innewohnt.»

Dieser Befund lässt sehr deutlich die Zusammenhänge zwischen den vielfältigen Äusserungsformen der Friedensbewegungen erkennen: Die Angst vor dem Krieg und die Feindseligkeit gegenüber dem Militärischen, das Gefühl, irgendwelchen finsternen politischen Mächten ausgeliefert zu sein und der besonders in der Bundesrepublik sehr deutlich artikulierte Anti-Amerikanismus. Damit verbindet sich

schliesslich eine **radikale Ungeduld, die es vor allem den jungen Anhängern der Friedensbewegungen unmöglich macht, Verständnis dafür aufzubringen, dass Friedenssicherung nur durch das sorgfältige, schrittweise Heranbilden einer Atmosphäre des Vertrauens und durch die Bereitschaft zu ausgewogenen Lösungen möglich ist.**

Pierre Hassner trifft wohl den Kern der Sache, wenn er seiner Diagnose ein Wort von Alexis de Tocqueville zugrunde legt: «Rien n'est plus difficile à accepter que le retour de contraintes que l'on croyait surmontées.»

4. Das nationale Kolorit der Friedensbewegungen

Die bisherigen Darlegungen stützten sich weitgehend auf die Äusserungen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Das rechtfertigt sich damit, dass vieles an diesem Phänomen in der BRD besonders exemplarisch zum Ausdruck kommt und dass deshalb die deutsche Friedensbewegung sehr wohl als Musterbeispiel dienen kann. Dennoch erscheint es notwendig, auf bestimmte Erscheinungen in einzelnen anderen Ländern einzutreten, um zumindest in selektiver Weise das Gesamtbild zu erweitern und abzurunden.

Was die **Schweiz** betrifft, ist Viktor Schlumpf zuzustimmen, welcher in einem Referat feststellte:

«Die Friedensbewegung ist vom Begriff her, wie in ihrer Theorie und Praxis keine eidgenössische Erfindung; sie hat sich vielmehr mit der üblichen, wenn in diesem Falle auch ausserordentlich knappen Phasenverschiebung vom Ausland her in unser zeitgeschichtliches Bewusstsein hineingeschoben. Konkreter: Der Ausgangspunkt liegt in Deutschland.» – Es scheint erlaubt, diese Feststellung auch auf **Österreich** zu übertragen.

In **Grossbritannien** entwickelte sich schon in den fünfziger Jahren eine relativ starke Bewegung der Kernwaffengegner. Ihre Schwerpunkte lagen einerseits in kirchlichen Kreisen, andererseits beim linken Flügel der Labour-Partei. Dagegen traten die britischen Kommunisten kaum in Erscheinung, was wohl damit zu erklären ist, dass damals die Sowjetunion intensiv am Aufbau einer Kernwaffenstreitmacht arbeitete. Die Organisationen der britischen Kernwaffengegner blieben durch die sechziger und siebziger Jahre hindurch bestehen, aber ihre Wirkung war namentlich während der Phase der Labour-Regierung von 1974 bis 1979 gering.

Der Entschluss der konservativen

Regierung, die nationale britische Kernwaffenstreitmacht durch die Beschaffung von Trident-Raketen für die Atom-UJ-Boote zu modernisieren, provozierte besonders im Parlament starke Reaktionen. Dass sich, weitgehend gestützt auf die bestehenden Organisationen der Kernwaffengegner, zu Beginn der achtziger Jahre in England eine starke Friedensbewegung entwickelte, ist aber vor allem zu erklären durch das Zusammentreffen zweier anderer Ereignisse:

– Einerseits verabschiedete die britische Regierung ein umfassendes Programm, um den lange Zeit vernachlässigten Schutz der Zivilbevölkerung zu verbessern. Mit der Veröffentlichung dieses Plans wies sie zwangsläufig auf die Tatsache hin, dass die britische Zivilbevölkerung gegenüber der Wirkung von Kernwaffen praktisch ungeschützt sei, womit sie gegen ihren Willen die Angst vor einem Kernwaffenkrieg förderte.

– Andererseits wurde im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses festgelegt, dass auf britischem Boden gegebenenfalls 160 Marschflugkörper stationiert würden.

Es fiel den organisierten Kernwaffengegnern leicht, diese beiden Ereignisse in einen direkten Zusammenhang zu bringen und die Befürchtung zu verbreiten, dass mit der geplanten Installation von neuen Kernwaffen die schutzlose britische Bevölkerung einem wesentlich grösseren Vernichtungsrisiko ausgesetzt werde. Die britische Friedensbewegung scheint deshalb vorwiegend von einer pragmatisch-antinuklearen Einstellung geprägt.

Ihr besonderer Charakter ist nicht zuletzt daran sichtbar geworden, dass der radikal-pazifistische Kern keinerlei Wirkung erzielte, als er zum Widerstand gegen die Entsendung eines britischen Expeditionskorps auf die Falkland-Inseln aufrief.

Offensichtlich ist, dass heute die britische Friedensbewegung weitgehend von der Labour-Partei mitgetragen wird. Das entspricht der häufig bestätigten Regel, dass in Parteien, welche keine Regierungsverantwortung tragen, die radikalen Elemente auf Kosten der gemässigten an Einfluss gewinnen.

Der Fall der Niederlande soll hier stellvertretend auch für Belgien gezeigt werden. Tatsächlich sind in beiden Ländern verwandte Strömungen festzustellen, doch kommen sie in den Niederlanden prononcierter und exemplarischer zum Ausdruck.

Für beide Länder ist bezeichnend, dass sie dank ihrer privilegierten wirtschaftlichen Situation und dank ihrem

Kolonialbesitz während weit über hundert Jahren dem Zwang zur Anlehnung an eine Grossmacht enthoben waren. Ihr Beitritt zu einem Militärbündnis nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutet einen Bruch mit der ausgesprochen neutralistischen Tradition, die aber als politische Grundeinstellung grosser Volksteile weiter vorherrschend blieb. Moralisch motivierter Pazifismus und Neutralismus sind in der Einstellung vieler Holländer zwei eng verwandte Begriffe. Die folgende Beurteilung eines ihrer Landsleute charakterisiert dies deutlich: «Die Gewohnheit der Neutralität und des Isolationismus erzeugte eine moralisierende Betrachtungsweise der internationalen Geschäfte und äusserte sich namentlich in einer arroganten Haltung gegenüber den angeblich verwerflichen Praktiken der grösseren Mächte. Die vorherrschende Einstellung der Holländer kommt darin zum Ausdruck, dass sie die Probleme der internationalen Politik mehr nach den Kriterien von gut und schlecht als von möglich oder unmöglich beurteilen.»

Aus dieser Grundeinstellung ist erklärbar, dass viele holländische Pazifisten sich in ihrer Betrachtung der internationalen Lage auf eine Position der Aequidistanz zwischen den USA und der Sowjetunion stellen. Die Politik beider Supermächte gilt ihnen als annähernd gleich verwerflich.

Die holländischen Pazifisten fühlen sich als Vorkämpfer für ein nuklearwaffenfreies Europa ohne die Dominanz militärischer Blöcke. Dieses Sendungsbewusstsein kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass sie ihre Weltanschauung als «holländische Krankheit», welche die Menschheit anstecken soll, bezeichnen.

Neutralistische Tendenzen und ein ausgesprochener Hang zu moralisierender und selbstgerechter Betrachtungsweise der internationalen Politik kennzeichnen auch die Friedensbewegung in den skandinavischen Ländern, insbesondere in Schweden. Für die Beurteilung der Situation in Dänemark und Norwegen fällt ins Gewicht, dass diese beiden Staaten zwar der NATO angehören, jedoch mit dem wichtigen Vorbehalt, dass in Friedenszeit keine Truppen anderer Paktstaaten und keine Kernwaffen auf ihrem Boden stationiert sein dürfen.

Forderungen nach einer weitergehenden, ja vollständigen Distanzierung von der Atlantischen Allianz sind in den Linksparteien beider Länder wiederholt laut geworden. Solchen Tendenzen wirkt allerdings in Norwegen der Umstand entgegen, dass der forcierte Ausbau der Halbinsel Kola zur militärischen Grossbasis das Be-

wusstsein der Bedrohung durch die sowjetische Militärmacht dauernd wachhält.

Friedensbewegungen im Sinne breit abgestützter populärer Organisationen haben in Skandinavien eine weit zurückreichende Tradition. Das erklärt zum Teil die Breitenwirkung der aktuellen pazifistischen Welle. Mehr als in andern Teilen Europas erscheint sie als direkte Fortsetzung der Massenveranstaltungen, die sich mit variabler Intensität seit der ersten Anti-Atom-Bewegung der fünfziger Jahre abwickelten. Auffallend ist heute die sehr starke Beteiligung von Frauenorganisationen. Ideell setzt die skandinavische Bewegung einen besonderen Akzent mit dem wiederholt vorgetragenen Postulat atomwaffenfreier Zonen, wobei gerade in diesem Zusammenhang besonders deutlich wird, wie wenig die Anhänger der Friedensbewegungen – im skandinavischen Fall auch führende Politiker – in ihren simplifizierenden Vorschlägen berücksichtigen, dass die Verwirklichung ihrer Ideen Vor- und Nachteile für die beiden Militäralianzen ganz unterschiedlich verteilen würde.

Der Vergleich der Friedensbewegungen in der Bundesrepublik, in England, den Niederlanden und den skandinavischen Ländern zeigt viel mehr Gleichartiges als Unterschiedliches.

Ganz anders präsentiert sich die Physionomie der Friedensbewegung in den lateinischen Ländern.

In Italien scheint das Bewusstsein der Verankerung in der Atlantischen Allianz sehr ausgeprägt. Selbst die Kommunistische Partei des Landes hat diese grundsätzliche politische Option nie bekämpft, sondern mehrfach ausdrücklich befürwortet. Die Protestbewegungen, die auch hier im Gefolge des NATO-Doppelbeschlusses entstanden, richteten sich, ohne ideologisches Beiwerk, gegen die Stationierung neuer Kernwaffen in Europa oder noch konkreter: gegen das Projekt einer Basis für Marschflugkörper in Comiso auf Sizilien.

Italien liefert den Beweis dafür, dass die Friedensbewegung keine Breitenwirkung erzielt, wenn sie nicht wesentlich mitgetragen wird von Gruppierungen, die der Sowjetpolitik Zustimmung oder zumindest sehr viel Verständnis entgegenbringen.

Die Manifestationen in und um Comiso wurden und werden weitgehend von international aktiven, «ambulanten» Demonstrierern inszeniert. Träger der Demonstrationen in verschiedenen italienischen Städten waren entweder Angehörige der Radikalen Partei oder Kommunisten und mit diesen liierte

Linkskatholiken – aber niemals beide zusammen. Dort, wo die Kommunisten die Leitung innehatten, galt durchgehend die Parole: «Nein zu den Euro-missilen – ja zur NATO». Es ist aus dieser Perspektive leicht verständlich, dass das Glückwunschtelegramm, welches Leonid Breschnew im September 1981 den Organisatoren des Friedensmarsches Perugia-Assisi zukommen liess, der Friedensbewegung in Italien einen wahren Tiefschlag versetzte. Die Einstellung der politischen Parteien Italiens zur Friedensbewegung variiert zwischen parteitaktisch motivierter, opportunistischer Zustimmung und weitgehender Indifferenz.

Noch kümmerlicher als in Italien hat sich die Friedensbewegung in **Frankreich** entwickelt. «Le mouvement de paix français brille par son absence: comparées en effet aux manifestations européennes de l'automne 1981 ou de printemps 1982, les actions de protestation antinucléaire en France font piètre figure.» So lautet der Befund der Politologin Nicole Gnesotto.

Die Manifestationen, die 1981 nach deutschen und angelsächsischen Mustern auch in einigen französischen Städten organisiert wurden, trugen so deutlich den Stempel kommunistischer Herkunft, dass dadurch die Gründung eines betont antikommunistisch-pazifistischen Gremiums angeregt wurde: des CODENE (Comité pour le désarmement nucléaire en Europe).

Es handelt sich um eine lockere und sehr bunte Verbindung von radikalen Pazifisten, Umweltschützern, Feministinnen, Dritte-Welt-Gruppen usw., deren Gemeinsamkeit im wesentlichen eben darin besteht, dass sie getrennt von den Kommunisten für den Frieden manifestieren wollen.

Die kommunistisch gelenkte Friedensbewegung und das CODENE stimmen indessen weitgehend überein in der Verurteilung der USA als Urheber des nuklearen Wettrüstens und als imperialistischer Aggressor. Die Sowjetunion erscheint in ihrem Weltbild als friedliebende Macht, deren wirtschaftliche Schwäche die Amerikaner ausbeuten, indem sie sie zu immer grösseren Anstrengungen im Rüstungs-bereich zwingen. Pershing II und SS-20 sind nach ihrer Betrachtungsweise strategisch nicht gleichwertig, weil die einen das Territorium der Sowjetunion bedrohen, während Amerika von den andern nicht bedroht wird.

Ungeachtet dieser im Grundsätzlichen übereinstimmenden Beurteilung der weltstrategischen Situation, bestehen in einzelnen Bereichen deutliche Meinungs-differenzen. Das kommunistisch gelenkte «mouvement de la paix»

fordert eine beidseitige Abrüstung der Kernwaffengrossmächte, anerkennt aber die Berechtigung nationaler französischer Kernwaffen, solange die postulierte Reduktion der Kernwaffen-potentiale der beiden Supermächte nicht vollzogen ist. Innerhalb des CODENE sind dagegen sehr verschiedene Tendenzen, von der Forderung des radikalen Gewaltverzichts bis zu einer klaren Befürwortung bewaffneter Kräfte zu reinen Verteidigungszwecken festzustellen.

Zusammenfassend lässt sich sagen,

– dass die aktuelle Friedensbewegung in Frankreich eine geringe Breitenwirkung erzielt hat;
 – dass – ähnlich wie in Italien – das aktive Engagement der Kommunisten sich als stärkstes Hindernis für den Zusammenschluss der verschiedenen pazifistischen Strömungen erwies;
 – dass dadurch die Solidarisierung mit ähnlichen Bewegungen in andern Staaten erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht wurde;
 – und dass schliesslich die Existenz einer von den Grossmächten unabhängigen nationalen Kernwaffenstreitmacht einen grossen Teil der pazifistischen Guppierungen in Frankreich von der pauschalen Verurteilung der Kernwaffen abhielt und auch weiterhin abhalten dürfte.

Es kann nicht erstaunen, dass in einem solchen Klima auch die Stellungnahmen repräsentativer Kirchenvertreter sich stark von den Äusserungen klerikaler Kreise in andern Ländern abheben.

Den markantesten Akzent setzten die **französischen Bischöfe** mit einer Verlautbarung unter dem Titel «**Gagner la paix**». Das Dokument wurde von der Bischofskonferenz am 8. November 1983 in Lourdes mit überwältigendem Mehr (93 Ja, 2 Nein, 8 Stimmenthaltungen) angenommen. Es zeichnet sich aus durch eine sehr realistische Schau der politischen Situation, die zu einer ganz klaren Absage an pazifistische Utopien führt. Anstatt gebannt auf das Vernichtungspotential moderner Waffen zu starren, stellen die französischen Bischöfe fest, dass es höhere Werte als die Erhaltung des physischen Überlebens gebe und dass deshalb auch einer nuklearen Erpressung nicht nachgegeben werden dürfe. «Wer bedingungslos auf Verteidigung verzichtet, honoriert die Erpressung. Ein Kernwaffenkrieg könnte wohl die Erde zerstören. Aber sollen wir, um den Frieden zu retten, auf unsere Freiheit und unsere Würde verzichten?» Nachdrücklich weisen die französischen Bischöfe auf die Ähnlichkeit der heutigen Situation mit der-

jenigen der späten dreissiger Jahre hin. Daraus leiten sie die Erkenntnis ab, dass der Gewaltverzicht zur Rettung des Friedens schlimmere Konsequenzen als den Krieg haben könne. Unter diesem Aspekt wird die Verantwortung der Staatsmänner betrachtet: «Gewaltlosigkeit ist ein Risiko, das ein einzelner Mensch eingehen kann. Aber dürfen auch Staaten, die dazu bestimmt sind, den Frieden zu sichern, dieses Risiko eingehen? In der Welt der Gewalttätigkeit und der Ungerechtigkeit, in der wir leben, haben die Staatsmänner die Pflicht, das Wohl der ihnen anvertrauten Gemeinschaft zu wahren. Dieses besteht im Frieden, aber davon untrennbar auch in Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit. Um das zu gewährleisten, müssen sie die Mittel besitzen, einen möglichen Angreifer abzuschrecken.»

Aus dieser Überlegung der französischen Bischöfe leitet sich ihre konkrete Stellungnahme zur Frage der Kernwaffen ab:

«Zur Wahl gezwungen zwischen zwei untrennbaren Übeln, der Kapitulation und der Gegendrohung, wählt man das geringere, ohne zu behaupten, dass man damit etwas Gutes tue. Es ist klar, dass die Zuflucht zur nuklearen Abschreckung sich moralisch nur rechtfertigen lässt,
 – wenn diese ausschliesslich der Verteidigung dient,
 – wenn eine Überrüstung vermieden wird (Die Abschreckung ist erreicht, wenn die Gegendrohung den Angriff einer andern Macht als widersinnig erscheinen lässt),
 – wenn alle Vorsichtsmassnahmen getroffen werden, um einen Kernwaffeneinsatz aus «Irrtum» zu verunmöglichen,
 – wenn der Staat, welcher das Risiko der nuklearen Abschreckung auf sich nimmt, im übrigen eine aufbauende Friedenspolitik verfolgt.»

Diese Stellungnahme ist umso bemerkenswerter, als sie sich in ihren Akzentsetzungen, vor allem in der Kernwaffenfrage, eindeutig unterscheidet von einem vielbeachteten **Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe** vom November 1982. Zwar enthält auch jenes Dokument – entgegen vereinfachenden Darstellungen – nicht eine bedingungslose Verurteilung der Kernwaffen. Es verwirft indessen ganz klar die Antistädte-Strategie (für die nationale Kernwaffenstreitmacht Frankreichs die einzig plausible); es verwirft das Konzept eines begrenzten Kernwaffenkrieges und die Entwicklung von Waffen, welche eine nukleare Kriegführung wahrscheinlicher machen könnten.

Diese Verlautbarung einer bedeu-

tendem Gruppe kirchlicher Würdenträger ist in verschiedener Hinsicht bezeichnend für die besonderen Aspekte der amerikanischen Friedensbewegung. (Obwohl auch in den **Vereinigten Staaten** einzelne Grossdemonstrationen zu verzeichnen waren (in Dimensionen, welche die europäischen Grossveranstaltungen noch um etliches übertrafen)) handelt es sich doch weitgehend um eine Diskussion unter intellektuell geschulten Leuten. Die Verfechter des sogenannten «Freeze» (des Einfrierens der Kernwaffenrüstung) vertreten sehr rationale strategische Argumente. Sie sind beeinflusst von der Tatsache, dass die Abrüstungsverhandlungen der siebziger Jahre erfolglos blieben, oder beunruhigt über die Hinweise auf Möglichkeiten nuklearer Kriegführung, wie sie von prominenten Vertretern der Reagan-Administration geäußert wurden.

Die Bewegung gegen die Kernwaffen in den USA ist mit den europäischen Friedensbewegungen zwar darin vergleichbar, dass auch hier eine gewisse «Demokratisierung der strategischen Diskussion» stattgefunden hat und dass im Bewusstsein vieler Menschen ein starkes Misstrauen gegen die offizielle Strategie und deren verantwortliche Träger aufgekommen ist. Im übrigen bestehen zwischen den europäischen Friedensbewegungen und den parallel laufenden Tendenzen in den USA wesentliche Unterschiede.

Das erklärt sich weitgehend aus der Verschiedenheit der Voraussetzungen. Etwas vereinfacht lässt sich sagen: Die amerikanische Bewegung drängt auf ein grundsätzliches Überdenken der aktuellen Kernwaffenstrategie. Die europäischen Bewegungen dagegen sind von einem starken Pessimismus gegen jede Art militärisch gestützter Friedemssicherung geprägt und neigen deshalb zu utopistischen Postulaten grundsätzlicher Gewaltlosigkeit.

5. Die Friedensbewegungen aus sowjetischer Sicht – Pfeil oder Bumerang?

Das Verhältnis der Sowjetunion zu den pazifistischen Bewegungen muss unter einem doppelten Aspekt betrachtet werden. Einerseits gilt es zu fragen, wieweit sie dieses Phänomen zu eigenen Zwecken ausnützt oder direkt beeinflusst; andererseits ist dessen Einwirkung auf die Bevölkerung der Ostblockstaaten von Interesse.

Verständlicherweise ist der Nachweis der direkten Einflussnahme der Sowjetpolitik auf pazifistische Bewegungen im Westen nicht ohne weiteres belegbar, handelt es sich doch um den **Aktionsbereich von Organisationen, die**

unter strikter Tarnung arbeiten. Eindeutig feststellbar ist die sehr **aktive Teilnahme kommunistischer Gruppierungen an den Massenveranstaltungen** in praktisch allen westeuropäischen Ländern. Dabei handelt es sich aber – wie gezeigt wurde – durchaus nicht immer um sowjetgesteuerte Träger. Bekannt ist als Einzelfall die Tätigkeit des unter dem Deckmantel des Diplomaten arbeitenden sowjetischen Agenten Vladimir Merkulow, der, von der sowjetischen Botschaft in Kopenhagen aus operierend, bedeutende finanzielle Mittel in die Kassen skandinavischer Pazifistenorganisationen fliessen liess. Das sind aber Einzelfälle, die **lediglich Vermutungen über eine weitergehende Tätigkeit im Untergrund** nähren können.

Bemerkenswert ist indessen, dass die **Sowjetpropaganda** in offiziellen Äusserungen zur Frage des Kriegsrisikos und der Kriegführung die pazifistischen Strömungen in Westeuropa sehr **geschickt auszunützen** verstand. Während in früheren Verlautbarungen die Bereitschaft und die Fähigkeit der Sowjetarmeen zur Führung eines Kernwaffenkrieges ausdrücklich hervorgehoben wurde, ist in den letzten Jahren eine andere Sprachregelung aufgekommen, wie etwa das folgende Zitat aus einer Erklärung Breschnews vom Oktober 1981 zeigt:

«Nur ein Selbstmordkandidat kann einen Kernwaffenkrieg entfesseln in der Hoffnung, ihn zu gewinnen. Wie gross auch die Macht des Angreifers sei, welches auch die Mittel seien, mit denen er einen Kernwaffenkrieg auslösen könnte: er wird sein Ziel nicht erreichen. Die Strafe wird ihn mit Sicherheit ereilen.»

Diese Erklärung fasst sehr geschickt die Argumente zusammen, auf welche die westliche Friedensbewegung am sensibelsten anspricht:

- der hypothetisch angedeutete Auslöser eines Kernwaffenkrieges kann nur die NATO, bzw. nur der amerikanische Präsident sein;
- sein Entschluss wäre aber widersinnig, ja verbrecherisch;
- denn die sowjetische Kernwaffenmacht ist so stark, dass sie den kriegslüsternen Angreifer mit einem vernichtenden Gegenschlag bestrafen könnte.

Als Amplifikatoren derartiger auf die Kriegsangst des Westens ausgerichteter Propaganda dient ein weitgespanntes Netz pazifistisch maskierter Organisationen mit dem Weltfriedensrat als Zentrum.

In dessen Aktionsprogramm 1981, das vom «Weltparlament der Völker für den Frieden» Ende 1980 in Sofia verabschiedet wurde, ist von Vertretern

aus 137 Ländern und von Verbindungen zu 100 internationalen und über 3000 nationalen, nicht staatlichen Organisationen die Rede. Im Vordergrund steht die «Intensivierung der Aktion gegen die Stationierung neuer US-Massenvernichtungswaffen in Westeuropa.»

- Daneben wird aufgerufen
- zum Kampf gegen gefährliche Aktivitäten der transnationalen Konzerne;
- zur Unterstützung des Beitrags der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder zu Frieden und Unabhängigkeit;
- gegen die imperialistische Destabilisierungspolitik;
- gegen Rassismus und Rassendiskriminierung;
- um nur die hauptsächlichsten Postulate zu nennen.

Im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Weltfriedensrates steht das Auftreten der «**Generäle für den Frieden**». Es handelt sich um eine Reihe hoher Offiziere aus verschiedenen NATO-Ländern. In einer 1981 erschienenen Schrift hat der Westberliner Professor Dr. Gerhard Kade, einer der Initianten des «Krefelder Appells», Interviews mit diesen Persönlichkeiten zusammengestellt und mit einem ausführlichen Nachwort versehen, für welches die folgenden Sätze charakteristisch sind: «Wir müssen verhindern, dass die Brüsseler Raketenbeschlüsse Wirklichkeit werden. Wir werden es verhindern, und indem wir es verhindern, werden wir aber auch die Augen offenhalten müssen für das, was um diese Raketenbeschlüsse herum gruppiert ist. Diese Regierung in unserem Lande (der BRD) soll wissen, dass man nicht auf die Dauer ungestraft gleichzeitig vom Frieden reden und sich zugleich als Musterschüler der NATO profilieren kann.»

Unter den acht Gesprächspartnern Kades treten der Portugiese da Costa Gomez (ehemaliger Staatspräsident) sowie der Grieche Koumanakos vor allem als Kritiker der amerikanischen Stützpunktpolitik in Europa hervor. Costa Gomez vertritt zudem die These, die im NATO-Doppelbeschluss vorgesehene Nachrüstung bedeute eine einseitige Störung des im Rahmen von Salt II ausgehandelten Gleichgewichts.

Der niederländische General Meyenfeldt konstruiert eine Analogie zwischen der Stationierung von Mittelstreckenraketen der NATO in Europa und der seinerzeitigen Aufstellung sowjetischer Raketen auf Cuba. Die kleinen Bündnispartner in der NATO sind nach seiner Darstellung lediglich «Bündnisopfer», welche sich dem Willen der Hegemonialmacht zu unterziehen haben.

Meyenfeldt sieht, wie der Italiener Nino Pasti, die Sowjetunion in der Stellung einer eingekreisten Macht und erklärt ihre Rüstungsanstrengungen als verständliche Angstreaktion angesichts einer mehrseitigen Bedrohung.

Häufig formuliert Kade seine Fragen so, dass darin schon eine deutliche Verurteilung der NATO oder der amerikanischen Militärpolitik zum Ausdruck kommt. So lautet beispielsweise eine Frage an den britischen General Harbottle:

«Mit der Behauptung, das militärische Kräfteverhältnis verschiebe sich immer mehr zuungunsten des Westens, versuchte der frühere britische Verteidigungsminister Pym, die Entscheidung für den Aufbau einer Flotte von Trident-Raketen-U-Booten und die britische Zustimmung zur Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Ostengland zu rechtfertigen ... Konservative und entspannungsfeindliche Kreise in den USA, der BRD und anderen NATO-Staaten begrüßten diesen Kurs mit Beifall. Welche Meinung vertreten Sie, Herr General?»

Harbottle kommt dieser Einladung zur Verurteilung westlicher Rüstungspolitik entgegen, indem er erklärt: «In den USA sind Rüstungsgeschäfte durchaus lohnende Geschäfte für eine politisch einflussreiche Gruppe, den militärisch-industriellen Komplex. ... Grosse Profite können bei minimalen Risiken realisiert werden, und zwar auf Kosten des Steuerzahlers. Eine einflussreiche Rüstungslobby manipuliert immer wieder den Kongress und das Weisse Haus im Sinne einer ständigen Verstärkung der sogenannten Verteidigungsausgaben.»

Es ist unbestreitbar, dass sich die **Sowjetunion keine besseren Anwälte für ihre Strategie** wünschen könnte. Besonders nachdenklich muss die Tatsache stimmen, dass der Vertreter der deutschen Bundeswehr in Kades Heldengalerie nicht etwa Gert Bastian, sondern Graf Wolf von Baudissin heisst.

Erscheinungen wie das Auftreten der «Generäle für den Frieden» können indessen nicht verschleiern, dass die Friedensbewegung in Westeuropa den sowjetischen Machthabern nicht nur Gewinn, sondern auch ernsthafte Schwierigkeiten eingetragen hat.

Lenin äusserte sich bei verschiedenen Gelegenheiten zum Phänomen des Pazifismus. Als Erscheinung in den kapitalistischen Ländern bedeutete er für ihn «den Beginn eines Protests, einer Revolte und der Einsicht in den reaktionären Charakter des Krieges.» Darum erklärte er: «Nutzen zu ziehen aus dieser Geisteshaltung ist die Aufgabe aller Sozialisten. Sie sollen aktiv an allen Bewegungen und Manifestationen in diesem Bereich teilnehmen.»

Zweifellos konnte er nicht voraussehen, dass dereinst solche Manifestationen in der **kommunistischen DDR** stattfinden würden. Dieses Phänomen stellte die kommunistischen Machthaber offensichtlich vor unerwartete Schwierigkeiten.

Es gilt zu bedenken, dass die Massendemonstration in Bonn im November 1981 dazu führte, dass kurz darauf in Dresden immerhin 5000 Menschen zu einer öffentlichen Friedenskundgebung zusammenströmten, dass die Synode der lutheranischen Kirche in Sachsen - Magdeburg in einer Resolution auch die Reduktion der SS-20 und der Kampfpanzer des Ostblocks forderte oder dass der ostdeutsche Pastor Rainer Eppelmann 200 Unterschriften für einen Aufruf zusammenbrachte, in dem die Entfernung aller Kernwaffen aus beiden deutschen Staaten gefordert wurde.

Solche Erscheinungen haben im doktrinären System eines totalitären Staates eine viel explosivere Wirkung als im elastischen Meinungsnetz einer pluralistischen Gesellschaft.

Es fällt heute noch sehr schwer, die längerdauernde Wirkung der Friedensbewegung abzuschätzen. Vermutlich besteht bei vielen Beobachtern die Tendenz, ihr mehr Bedeutung zuzumessen, als ihr tatsächlich zukommt, ganz einfach deshalb, weil Naheliegender immer grösser erscheint als das, was wir aus Distanz betrachten. Auffällig ist, dass, seitdem der zweite Teil des NATO-Doppelbeschlusses – die Stationierung der Pershing II und der Marschflugkörper – trotz aller Widerstände planmässig vor sich geht, die Friedensbewegung ihren Elan und ihre Wirkung in den Massenmedien verloren hat. Unverhofft scheint ihr die gewandte Regie und Choreographie zu fehlen, die 1981 bis 1983 Hunderttausende zu mobilisieren und zu dirigieren verstand – bis zu dem Augenblick, als klar wurde, dass die NATO trotz inneren Spannungen und äusserem Druck, eine ihrer schwersten Prüfungen bestanden hatte.

Literatur

Christlicher Friedensdienst, Frauenstelle für Friedensarbeit, «So kann es nicht weitergehen, ein Arbeitsdossier von Frauen für Frauen»; Zürich 1982

A. Clesse - W. Molinski (Herausgeber), «Proteste für den Frieden, Sorgen um die Sicherheit»; München 1984

Conférence épiscopale française, «Gagner la paix»; Les grands textes de la documentation catholique no. 46; Lourdes 1983

D. Frei, «Friedenssicherung durch Gewaltverzicht?»; Schriften des SOI 49; Bern 1983

M. Howard, «La défense occidentale dans les années 80»; dans «Politique étrangère» no. 4/1982

G. Kade (Herausgeber), «Generäle für den Frieden»; Köln 1981

P. Lellouche (Herausgeber), «Pacifisme et dissuasion»; Travaux et recherches de l'institut français des relations internationales; Paris 1983

Missionsjahrbuch der Schweiz 1981, «Frieden»; Basel - Immensee 1981

G. Schmid, «Zur Soziologie der Friedensbewegung und des Jugendprotestes»; in «Aus Politik und Zeitgeschichte»; Juni 1982

Weltfriedensrat, «Aktionsprogramm 1981»; Helsinki 1981

G. Wettig, «Die Friedensbewegung der beginnenden 80er Jahre»; in «Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien»; 9/1982

P. Weiss, Ehemalige NATO-Offiziere vor dem Propaganda-Karren Moskaus; ASMZ Nr. 4, April 1983

Friedenswahrung als Ziel der Schweizerischen Sicherheitspolitik; Beilage zu ASMZ Nr. 10, Oktober 1982

Sicherheitspolitik und Friedensbewegung; SAMS-Informationen, 7. Jahrg. Nr. 1, 1983



Zweite Auflage, erweitert und auf den **allerneuesten Stand gebracht**. Das Buch schafft Klarheit im Wust der Erlasse und Vorschriften. Fr. 22.-.

Bestellung an
Huber & Co. AG, Presseverlag
CH-8500 Frauenfeld